

Bern

News

Widerstand für Energieerzeugung
Der Gemeinderat der Stadt Bern hat den Entwurf des Energiegesetzes über die Ausdehnung der Stromerzeugung durch Wasserkraft und Windkraft abgelehnt. Der Entwurf sieht vor, dass Wasserkraft oder Wasserkraftwerke bis zu einer Leistung von 100 Kilowatt ausgebaut werden können. Die Stadtregierung hat sich dem nicht angeschlossen, weil sie die Wasserkraft als erneuerbare Energiequelle betrachtet, während die Wasserkraftwerke als fossile Energiequelle angesehen werden. Der Gemeinderat hat sich für die Wasserkraft als erneuerbare Energiequelle ausgesprochen, während die Wasserkraftwerke als fossile Energiequelle angesehen werden.

Wahlhelfer Gerhard Baur geht
Der Bundesrat hat den Wahlhelfer Gerhard Baur für die Wahl zum Bundesrat für die Sozialdemokraten bestätigt. Baur ist ein langjähriger Mitarbeiter des Bundesrats und hat eine lange Erfahrung in der Wahlhelferarbeit. Er ist ein erfahrener Mitarbeiter und hat eine gute Beziehung zu den Bundesräten. Der Bundesrat hat sich für die Wahlhelferarbeit ausgesprochen, während die Wasserkraftwerke als fossile Energiequelle angesehen werden.

Reisende müssen an Probe
Die Eidgenössische Kommission für die Überwachung der Ausreise von Reisenden hat beschlossen, dass Reisende, die in den USA einreisen, eine Probe machen müssen. Die Probe ist ein Test auf Tuberkulose und ist ein wichtiger Bestandteil der Überwachung der Ausreise von Reisenden. Die Eidgenössische Kommission hat sich für die Überwachung der Ausreise von Reisenden ausgesprochen, während die Wasserkraftwerke als fossile Energiequelle angesehen werden.

Für Sie. Von uns.
30% Rabatt
100% Beratung
wyser
AEG Glühwerk SIEMENS Miele
Wyser AG, Belfortstrasse 107, 3018 Bern, 031 307 34 34

Der «Kommunist» wird neuer Gewerkschaftsboss

Als Jungpolitiker wurde SP-Grossrat Adrian Wüthrich in seinem Dorf beschimpft, morgen wird er zum Präsidenten des Arbeitnehmerdachverbands Travail Suisse gewählt.

Adrian Schmid

Adrian Wüthrich erinnert an den Propheten, der im eigenen Land nichts gilt. Als er im Alter von 18 Jahren im 500-Einwohner-Dorf Walterswil bei Huttwil für den Gemeinderat kandidierte, wurde er am Wirtshaus als «Kommunist» abgekanzelt. Sogar seine Eltern und seine Grossmutter wurden angefeindet. Es hiess, der Gymnasiast solle zuerst etwas mit den Händen arbeiten und ins Militär gehen. Die Wahl wurde ihm in der SVP-Hochburg denn auch verwehrt. In der «Mittelland-Zeitung» sprach Wüthrich damals von «Mobbing». Nach seinem Umzug nach Huttwil ging es im gleichen Stil weiter. Er wurde 2008 zwar in den Gemeinderat gewählt. Als er danach aber gleich noch fürs Präsidium kandidierte, wurde ihm vorgeworfen, er sei kein Einheimischer, kein «Chrampfer» und karieregeil. Heute noch stempeln Bürger des Städtchens Wüthrich zum Sündenbock, wenn sie mit der Kommunalpolitik ganz allgemein unzufrieden sind. Und wenn er offen kommunizieren wolle, sagt Wüthrich, würden ihm selbst Gemeinderatskollegen zuweilen vor, er wolle sich nur in den Medien inszenieren.

Kandidiert nicht als Regierungsrat

Nun nimmt der einstige Dorf-«Kommunist» die nationale Bühne ins Visier. Morgen wird er zum Präsidenten von Travail Suisse gewählt – dem zweitgrössten Arbeitnehmerdachverband der Schweiz. «Travail Suisse ist einer der Spitzenverbände. Das ist für mich eine Chance», sagt der inzwischen 35-Jährige. Er opfert deswegen eine Kandidatur für den Regierungsrat, obwohl er dieses Amt «spannend» findet. Gestern hat Wüthrich bekannt gegeben, dass er nicht für einen der beiden frei werdenden Sitze kandidieren wird. Dass seine Name ins Gespräch gebracht wurde, habe bei Travail Suisse Verunsicherung ausgelöst.

Dies zeigt, Wüthrich geht konsequent seinen eigenen Weg. Von diesem lässt er sich selbst trotz Attacken auf seine Person nicht abbringen. «Als Politiker muss man damit leben können», sagt er. Schon während seiner Zeit als Assistent des unterdessen verstorbenen Solothurner SP-Ständerats Ernst Leuenberger – seinem «politischen Grossvater» – habe er miterlebt, dass einem Sachen vorgeworfen würden, nur weil man einem anderen politischen Lager angehöre. Er hat sich auch nie daran gestört, dass andere SP-Jungpolitiker wie Evi Allemann oder Nadine Masshardt, schneller Karriere machten. Er lehnte es vor Jahren ab, in die FDP zu wechseln oder nach Langenthal umzuziehen, um seine Wahlchancen zu erhöhen. Dafür nutzte er die Zeit fürs Studium in Public Management und Politik – sowie fürs Militär. Er schaffte es bis zum Hauptmann. Nach mehreren erfolglosen Kandidaturen für National- und Grossrat wurde Wüthrich 2010 dann doch ins Kantonsparlament gewählt.

Erster Präsident von der SP

Ins Bild passt auch, dass er selbst auf kantonalen Ebene anfänglich aneckte. Als er 2012 in einer Motion verlangte, dass mittels eines Berichts die Finanzierung der Pfarrerlöhne analysiert werden sollte, wurde ihm gesagt, er befinde sich auf dem Holzweg. Selbst die meisten Parteikollegen lehnten den Vor-



Adrian Wüthrich ist der erste SP-Politiker an der Spitze von Travail Suisse. Foto: Adrian Moser

stoss ab. Und ausgerechnet Wüthrich, der das enge Verhältnis von Kirche und Staat im Kanton Bern aufbrechen will, wird jetzt Chef von Travail Suisse. Denn die Wurzeln der Gewerkschaftsdachorganisation liegen im christlich-sozialen Milieu (siehe Kasten). Dieser Einfluss hat in den letzten Jahren jedoch abgenom-

«Adrian Wüthrich ist ein Animal politique.»

Arno Kerst, Präsident Gewerkschaft Syna

men – soweit, dass jetzt mit Wüthrich erstmals überhaupt ein Sozialdemokrat das Präsidium übernimmt. Ein Meilenstein. «Bei uns steht das C heute mehr für ethische Grundhaltungen wie Menschenwürde oder Gemeinwohl», sagt Arno Kerst, der als Präsident der Gewerkschaft Syna die grösste Mitgliederorganisation von Travail Suisse vertritt. Wüthrich ist kein klassischer Gewerkschafter. Er hat nie Gesamtarbeitsverträge ausgehandelt. Als er für den Eisenbahner-Verband arbeitete, war er für des-

sen Verkehrspolitik zuständig. Er präsidiert jedoch den kantonalen Polizeiverband. In Gewerkschaftskreisen ist Wüthrich vielen noch kein Begriff. Bei der Konkurrenz, beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, mag man sich nicht äussern. Überzeugt von Wüthrichs Qualitäten ist Corrado Pardini, Berner SP-Nationalrat und Mitglied der Unia-Geschäftsleitung: «Wüthrich kennt die Politszene gut. Ich verspreche mir eine gute Zusammenarbeit.» Deswegen wurde Wüthrich auch geholt. Für diesen Job müsse man politisch gut vernetzt und dialogfähig sein, sagt Syna-Chef Kerst. «Wüthrich ist ein Animal politique.» In erster Linie sieht sich Wüthrich denn auch als «Lobbyist für die Arbeitnehmenden». Bei seiner letzten Stelle als Sachbearbeiter im SRG-Zentralsekretariat war er nahe an Generaldirektor Roger de Weck dran und lobbyierte für die SRG im Bundeshaus, etwa für das neue Radio- und Fernsehgesetz.

Rücktritt als Gemeinderat

Als Travail-Suisse-Chef rückt Wüthrich noch näher an die Bundespolitik. Der Nationalrat wird noch mehr zum Thema. «Wenn man als Huttwiler auf nationaler Ebene eine Chance haben will, muss man einen solchen Verband im Rücken haben», sagt Wüthrich. Erzwingen will er aber auch jetzt nichts. Zwar kandidiert er auch heuer für den Nationalrat. Er glaubt aber nicht daran, einen Bisherigen verdrängen zu können. Sein Ziel ist

einer der vordersten Ersatzplätze. Hingegen wird Wüthrich sein Mandat als Huttwiler Gemeinderat im nächsten Jahr abgeben, wie er bestätigt. Künftig wird ihm schlicht die Zeit dafür fehlen. Wenn man schaut, was er alles erlebt hat, dürfte es ihm leichtfallen, auf kommunaler Ebene loszulassen.

Travail Suisse Christlich-soziales Erbe

Travail Suisse gehört zu den wichtigsten Verbänden in der Schweiz. Die Arbeitnehmerdachorganisation zählt 150 000 Mitglieder, 11 Teilverbände sind ihr angeschlossen – darunter Syna, Transfair und die Hotel & Gastro Union. Travail Suisse entstand 2002 aus dem Zusammenschluss des Christlichnationalen Gewerkschaftsbunds und der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände. Erster Präsident war der ehemalige Freiburger CSP-Nationalrat Hugo Fasel. Bei seiner Wahl sagte er, der neue Dachverband werde sich an den Werten der christlichen Sozialethik orientieren, sich aber bewusst als eine parteipolitisch und konfessionell unabhängige Organisation positionieren. Nach der Ära Fasel stand ab 2008 der Berner Martin Flügel dem Verband vor. Er war nicht politisch tätig. Travail Suisse hat das Potenzial, Volksinitiativen und Referenden zu lancieren. So stammte die Initiative, die sechs Wochen Ferien für alle verlangte, von Travail Suisse. Das Volk lehnte das Begehren 2012 ab. (ad)

Auch Gemeinden zahlen für Kultur

Neuverteilung der Gelder für die Kulturbetriebe im Berner Oberland, Emmental und im Oberraugen.

Insgesamt 27 Kulturbetriebe von regionaler Bedeutung sollen in Thun, im Berner Oberland sowie im Emmental und im Oberraugen in den Genuss von zusätzlicher Gelder kommen. Pläne werden die Investitionen von Kanton und allen Gemeinden der Region. Es geht um das neue, 2012 in Kraft getretene Kulturförderungsgesetz. Die gemeinnützigen Kulturbetriebe sollen in einem Umfang von Kulturförderungserhöhung begünstigt werden. Für die Regionen Berner Oberland und Nordsee sind Berner Jura ist dies bereits erfolgt.

Nach der Regierungsrat nach der Lösung für die vier Regionen Oberraugen, Emmental, Thun Oberland West und Oberland Ost angestrebt, wie er gerne unterstützen. Der Lösung ist dabei komplex. Die Auswahl der gemeinnützigen Kulturbetriebe soll in einem ersten Schritt über eine Ausschreibung und eine Bewertung der Bewerber durch die jeweilige Kantonsregierung, die jeweilige Kantonsregierung und Verträge der Region abgeschlossen.

Publikumsgruppen berücksichtigen

Die Kulturbetriebe werden die auch berücksichtigen, welche Bedeutung und Ausrichtung die in der Region existieren sollen. Neben den Besuchern werden auch die Organisatoren und die Verantwortlichen der Region, der Beitrag zur kulturellen Vielfalt des Kantons und die Möglichkeiten für die Bevölkerung berücksichtigt.

In Oberraugen werden unter anderem die Musik und die traditionelle Langspiel in den Genuss von öffentlicher Gelder kommen. Im Emmental beispielsweise die Kulturzentrum Burgdorf. In Thun das Konservatorium mit Thun-Palast oder im Oberland die Opernhaus Berner Festival oder die Stiftung Musiktheater Bern.

Nachdem sich alle Gemeinden in der Region an der Finanzierung beteiligen. Mehr bedeutet unterschiedliche Lösungen. Die Gemeinden können Teil beitragen zu den öffentlichen Subventionen der grössten Leistungsträger wie zu den Finanzierungsbereitschaft der Gemeindeförderung. Anknüpfung werden die Leistungsträger mit den besten Leistungen ausgewählt. Wenn diese die Kulturbetriebe, die Kantonsregierung, die Regionalkommunen oder der Gemeindeförderung unter der Regierung unterstützen können. In Kraft treten sollen diese Verträge Anfang 2017 Jahr.

Tourismusabgabe droht zu scheitern

Das Berner Stadtparlament will nicht über die Einführung der Tourismusabgabe diskutieren. Die vorherige Kommission hat sich nicht entschieden. Aufgrund und bringt wieder in einem kleinen Schritt, argumentiert die Stadtpolitik eine Tourismusabgabe sei nicht durchführbar, aber der Aufwand, um die Daten zu erfassen, sei hoch, ebenso die Kosten der Umsetzung, soll die Kommission für Planung, Sicherheit und Umwelt (PSU) mit. Insbesondere die geplanten Einführung der Abgabe zu verwerfen. Diese finanzielle Zusatz und der zu erwartende Grundwert dürfte bei den Betroffenen unattraktiv sein. (ad)